Amts- und Anzeigeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich 4 Mk. 50 Pfg. oder monatlich 1 Mk. 50 Pfg. in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.
Für Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberpfauengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterpfauengrün, Wildenthal usw.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.
66. Jahrgang.

Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 25 Pfg. Im Reklameteil die Zeile 60 Pfg. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 65 Pfg.
Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher.
Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.
Fernsprecher Nr. 119.

№ 276. Sonnabend, den 29. November **1919.**

Freihändiger Verkauf

von gebrauchten Fahrzeugen mil. Art aus Heeresbeständen in **Zwickau/Sa.**

In der **Kaserne Inf.-Regt. 133, Zwickau/Sa., Marienthaler Straße,** findet wöchentlich einmal, und zwar

jeden Mittwoch von vorm. 9 Uhr ab
— erstmalig am 3. Dezember 1919 —

freihändiger Verkauf

gebrauchter Feldwagen mil. Art

statt. Nähere Auskunft erteilt: Lagerverwalter Seppelt, Zwickau/Sa., Lindenstr. 21.

Vom Käufer selbstgezeichnete Kriegsanleihe wird zum Nennwert an Zahlungsstatt angenommen (vergl. Bekanntmachung vom 20. Juni 1919, betreffend Neuregelung des Verfahrens bei Annahme von Kriegsanleihe beim Kauf von Heeresgut — Sächsische Staatszeitung vom 21. Juni 1919 —).

Dresden, den 26. November 1919. 6080 D M 2

Reichsverwertungsamt, Landesstelle Sachsen. 18940

Fleischverteilung.

In der laufenden Woche kommen auf Reichsfleischmarken zur Verteilung:

In den Schlachtbezirken Schönheide, Schneeberg, Schwarzenberg, Raschau, Johanngeorgenstadt und Lauter:
140 g **frisches Rindfleisch** einschl. **Wurst,**

in dem Schlachtbezirk Aue:
110 g **Schöpsenfleisch** bezw. **Rindfleisch** und 30 g **Wurstkonserven,**

und in dem Schlachtbezirk Eibenstock:
110 g **Fleischkonserven** und 30 g **Wurstkonserven.**

Außerdem werden auf **Marke IV 15** der **Einfuhrzusatzkarte** für ausländisches Pökelschweinefleisch

110 g **amerikanisches Pökelfleisch** und **Speck**

ausgegeben.

Personen unter 6 Jahren erhalten die Hälfte.

Amerikanisches Pökelfleisch darf nur bei demjenigen Fleischer entnommen werden, bei dem der Fleischbezug auf Reichsfleischmarken angemeldet ist.

Der Preis für 1 Pfund Rindfleisch beträgt 3,30 Mk., für 1 Pfund Frischwurst 3 Mk., für 110 g Schöpsenfleisch 1,50 Mk., für 110 g Fleischkonserven 1,16 Mk., für 30 g Wurstkonserven 0,29 Mk., für 110 g amerikanisches Pökelfleisch 1 Mk.

Schwarzenberg, am 27. November 1919.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Städtischer Fleischverkauf

Sonnabend, den 29. dss. Mts., von früh 8 Uhr an. Kopfmenge: 110 g **Fleischkonserven** zu 1,16 M., 30 g **Wurstkonserven** zu 0,29 M. und auf Marke **IV/15** der Einfuhrzusatzkarte für Pökelfleisch 110 g **amerik. Pökelschweinefleisch** zu 1,00 M. Kinder erhalten die **Hälfte.** Anlaufen beliefert das Geschäft von **Emil Uhlmann.**

Eibenstock, den 27. November 1919. **Der Stadtrat.**

Die Ausgabe der durch Vermittlung der Schule **bestellten**

Schneeschuhe

erfolgt **Sonnabend, den 29. November 1919, nachmittag von** 1/2 3 — 1/2 5 **Uhr** in der **Schulturnhalle.** Abgabe erfolgt **nur gegen Barzahlung.** Der Preis stellt sich einschließlich Beförderungskosten für

1 Paar Skier auf 37 M.,
1 Stöckepaar auf 5 M.,
1 Paar Windhandschuhe auf 6 M.,
1 Traggurt für Skier 2 M.

Ueber nicht rechtzeitig abgeholte Schneeschuhe wird alsbald anderweit verfügt.

Eibenstock, den 27. November 1919. **Der Stadtrat.**

Das Wichtigste.

So nötig die Vermehrung der Reichseinnahmen ist, noch dringlicher ist die Aufbesserung der Valuta durch eine praktische Finanzwirtschaft. Bleibt die Steigerung des Markwertes aus, so zerrinnt uns das Geld aller neuer Steuern zwischen den Fingern. Die Arbeitgeber sind durch die Höhe der Löhne, von deren Abbau nichts zu bemerken ist, in eine Zwangslage gesetzt, in der mancher nicht mehr für die Zukunft disponieren kann. Und der Absatz in nicht wenigen Branchen beginnt unter den steigenden Preisen und der sinkenden Kaufkraft zurück zu gehen. Die Steuerkassen und viele Stadtkassen sind leer, die wachsenden Ausgaben erfordern Steuerzuschläge. Die inländischen Lebensmittel bleiben hoch, und die Arbeiter sagen selbst, daß sie bei den viel niedrigeren Friedenslöhnen vor 1914 sich weit besser gestanden haben als heute. Alle Maßnahmen zur Besserung haben keinen sichtbaren Erfolg gehabt, und auch die Sparsamkeit ist nicht in der erforderlichen Weise auszuüben gewesen. Wir stecken bis zum Halse im Sumpfe der Finanzmisere.

Tatsache ist, daß alle Versuche, durch höhere Löhne, Gehälter, Teuerungszulagen und Beschaffungsgelder die Teuerung zu bekämpfen, sich als unwirksam erwiesen haben. Je höhere Löhne, Gehälter und Zulagen gezahlt wurden, um so teurer wurde alles. Nicht auf die Höhe des Einkommens kommt es an, sondern auf den Preis der Lebensmittel und Rohstoffe für die Fabrikate und Waren. Diese Preise müssen herunter, und zu diesem Ziele führt nur die Vermehrung alles dessen, was nötig ist, was in größeren Mengen vorhanden ist, ist billig, an die Preise vor 1914 dürfen wir freilich nicht denken, was knapp ist, ist teuer. So war es stets, und so wirdes bleiben.

Das künstliche Mittel der Preissenkung durch Reichszuschüsse ist unwirksam, weil es nicht dauernd aufrecht zu erhalten ist. Zur Vermehrung der Lebensmittel und Rohstoffe im Inland nützt nur fleißige Arbeit, zum Erwerb derselben aus dem Ausland gehört eben das kaufkräftige Geld. Hätten wir dies, so hätten wir auch mehr ausländische Lebensmittel und als Folge die Preissenkung der inländischen Nahrung. Und natürlich auch der Rohstoffe. Also unsere ganze Lage schreit nach kaufkräftigem Geld. Es ist nicht leicht, das verlorene Vertrauen der Welt wieder zu gewinnen, darum müssen wir nachhelfen, um eine Steigerung unserer Valuta herbeizuführen. Erhöhen wir den Preis der deutschen Ausfuhr bis zu einem Stande, der Respekt vor der Mark einflößt. Bevor das Ausland nicht erkennt, daß es keinen Nutzen vom Tiefstande der Mark hat, wird es sich nicht dazu verstehen, ihr einen höheren Kurs zuzuerkennen. Das ist das Erforderliche des Tages, demgemäß müssen wir handeln.

In der Arbeitsfrage macht sich abseits von den großen Streikherden, aber auch dort schon, viel Einsicht bemerkbar. Der Arbeitswille in Mittel- und Kleinstädten, überhaupt in der „Provinz" ist lebendig geworden, die Arbeitslust findet schon den Achtstundentag zu eng. Das ist erfreulich, aber ohne billigere Lebensmittel und Rohstoffe fehlt die rechte Arbeitswürze. Auf den Völkerbund und ähnliche Theorien können wir nicht warten, das dauert zu lange. Wir müssen die Vermehrung der Waren durch eigene Kraft herbeiführen, dann haben wir die Verbilligung, dann können wir uns wieder auf eine Lebenshaltung einrichten, die wenigstens mit erträglichen Preisen rechnet und nicht mehr mit Phantasiepreisen. Dann schaltet sich auch der Schleichhandel aus, weil er nicht mehr genug verdient. Deutschland kann noch unendlich viel leisten, und darum brauchen wir auch im Kampfe um die Valutasteigerung nicht zaghaft zu sein.

Wm.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— **Kronprinz Rupprecht als Präsidentschaftskandidat?** Wie die „Augsburger N. N." aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat sich das bayerische Zentrum bereits entschlossen, eine Kandidatur des Kronprinzen Rupprecht für den Reichspräsidentenposten zu befürworten und zu unterstützen. Es ist allerdings noch fraglich, ob es gelingen werde, den Kronprinzen zur Aufstellung zu bewegen.

— **Scheidemann, Oberbürgermeister von Kassel.** Die sozialdemokratischen Stadtverordneten von Kassel haben einstimmig beschlossen, für den erledigten Posten des Oberbürgermeisters Scheidemann vorzuschlagen. Scheidemann hat sich schon vor mehreren Wochen bereit erklärt, das Amt anzunehmen.

— **Die deutschen Betriebsräte und das Ausland.** Das Gesetz über die Arbeiter-Betriebsräte, das in der Nationalversammlung so verschiedene Meinungsverschiedenheiten wegen der Befugnisse dieser Körperschaften hervorruft, wird für die deutsche Industrie schwere Hemmnisse bei ihren Abnehmern im Auslande hervorrufen und den Absatz sehr beeinträchtigen. Kein anderer Staat führt diese Einrichtung ein, und damit wird von vornherein Mißtrauen dagegen wach. Wenn Arbeiterräte auch im Aufsichtsrat sitzen, überhaupt mitbestimmend zu wirken haben, so wird man im Auslande sofort sagen, durch diese Neuerung werden die Preise der Fabrikate höher gestellt, und es werden sich Einwendungen dagegen geltend machen. Statt neue Geschäftskunden zu gewinnen, gerieten wir in Gefahr, alte zu verlieren. Das Geschäftsleben ist eine sehr empfindliche Sache, die nie durch Gesetze und Parteitheorien geleitet werden kann. Man wird das sehr schnell erkennen.

— **Ein Gesetz gegen die wilden Streiks.** Zu der Mitteilung des Ministers Schlicke, daß er noch vor Weihnachten das angekündigte Gesetz gegen die wilden Streiks und über die Einführung obligatorischer Schiedsgerichte der Nationalversammlung vorlegen werde, sagt die „Freiheit": Dieses Gesetz muß fallen, wie einst die Zuchthausvorlage vor dem Ansturm der aufbegehrenden Arbeiterklasse zurückgezogen werden mußte.

— **Einigung in der Kostenfrage des Besatzungsheeres.** In Karlsruhe fand eine Besprechung von Vertretern der Reichsregierung, der bayerischen und der badischen Regierung statt, an der auch Vertreter der Städte des besetzten Gebietes teilnahmen. Gegenstand der Tagesordnung bildete in erster Linie die Frage der Errichtung von Unterkunftsgelegenheiten für die Besatzungstruppen. Es schloß sich eine eingehende Besprechung der Frage der Entschädigungen für die Requisitionen der Besatzungstruppen an. Von der Reichsregierung wurden die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht und vor allem grundsätzlich festgestellt, daß das Reich alle Kosten, die durch die Besatzung entstehen, und insbesondere die Kosten für die Errichtung von Unterkunftsgelegenheiten und Entschädigungen übernimmt.

— **Ein Erfolg der Verkehrssperre.** Nach dem letzten amtlichen Bericht des Reichskohlenkommissars haben die infolge der Transportnot angesammelten Haldenbestände an der Ruhr und in Oberschlesien in der ersten Hälfte des Monats November eine erhebliche Abnahme erfahren. Während am 1. November an der Ruhr rund 832 000 und in Oberschlesien 703 000 Tonnen lagerten, bezifferten sich die Haldenbestände am 15. November an der Ruhr nur noch auf rund 750 000 Tonnen und in Oberschlesien auf 586 000 Tonnen. Sie sind somit an der Ruhr um 82 000 und in Oberschlesien